

Zeitschrift:	Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft
Herausgeber:	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
Band:	90 (1993)
Artikel:	Öffentliche Fürsorge in rauheren Zeiten
Autor:	Stocker, Monika
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-838194

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Öffentliche Fürsorge in rauheren Zeiten

Am Ende des Wachstums sind kreative Lösungen gefragt

Das nachstehende Referat von Monika Stocker wurde an der Tagung der Fürsor-gekonferenz des Kantons Zürich von Ende Oktober 1992 gehalten.

Es ist Herbst geworden. Nicht nur draussen vor dem Bürofenster, nein, auch im gesellschaftlichen Zusammenleben. Rauer und kälter ist es geworden, härter für die Behörden, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, verzweifelter für die Betroffenen.

Was macht denn die Zeiten rauh, oder eben rauher?

Sicher gibt es viele Ursachen, Zusammenhänge, Problembereiche. Ich meine es sind drei Ebenen, die wir als Verantwortliche in der öffentlichen Fürsorge genauer anschauen müssten:

1. Die Soziale Sicherheit am Ende der Arbeitsgesellschaft – wie schaffen wir das?
2. Das Sozialwesen – Organisationsstrukturen und Entscheidungsträger von gestern für übermorgen?
3. Fürsorge, Sozialarbeit, auf der Suche nach einer neuen Professionalität?

1. Die Soziale Sicherheit am Ende der Arbeitsgesellschaft – wie schaffen wir das?

Ende der 80er Jahre, als die Wirtschaft noch auf Hochtouren lief, ging durch die Medien und die soziale Fachwelt die Nachricht über «Neue Armut in der Schweiz». Man war erstaunt, entsetzt, ungläubig; man begann mit Studien. Jeder Kanton, der etwas auf sich hält, sprach Kredite für Untersuchungen, ja einzelne Städte und Regionen beauftragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschafter mit der Suche nach Zahlen, nach Fakten, nach Ursachen. Wir, die seit Jahren in der sozialen Arbeit tätig sind, hätten eigentlich die Fakten und Ursachen relativ leicht auf den Tisch legen können.

In der Schweiz wird soziale Sicherheit an die Lohnarbeit gekoppelt; wer Lohnarbeit leistet oder geleistet hat, der oder die ist sozial gesichert: in der AHV, in der IV, der EO, der SUVA, der 2. Säule. Wer aber keine Lohnarbeit leistet, leisten kann, fällt aus sämtlichen Rastern: alte, junge, behinderte, kranke, psychisch nicht belastbare Menschen und Frauen. In der öffentlichen Fürsorge kennen wir diese klassischen Problemgruppen seit Jahren. Deshalb war es immer wieder unser Bemühen, möglichst alle in den Lohnarbeitsprozess zu integrieren, um sie an der sozialen Sicherung teilhaben zu lassen. Sobald man einen Arbeitsplatz für einen Klienten, eine Klientin gefunden hatte, war der Fall praktisch gelöst.

Rauh sind nun die Zeiten geworden, weil gerade das Finden eines Arbeitsplatzes eine unmögliche Sache geworden ist. Nur, war das für unsere Leute nicht

schon seit langem so? Haben wir nicht schon zu viele, die seit Jahren keinen Arbeitsplatz für längere Zeit halten konnten, sich den Belastungen einer modernen Arbeitswelt nicht gewachsen fühlten und es tatsächlich nicht waren? Würde man die Aufwandstunden für die Suche eines Arbeitsplatzes für einen Klienten zusammenzählen und die Lohnkosten in eine Vollkostenrechnung einbeziehen, so könnte es sein, dass wir schon in der Hochkonjunktur «goldene» Arbeitsplätze hatten.

Wie auch immer die wirtschaftliche Lage sich entwickeln wird, drei Dinge scheinen deutlich:

- *Die Arbeitsgesellschaft ist am Ende*; Auch wenn die Wirtschaft wächst, so wird es kaum mehr die personalintensive Vollbeschäftigung geben (Magerproduktion heisst das Zauberwort). Die tatsächlich bestehenden Arbeitsplätze fordern hochkomplexe Arbeitskapazitäten, lassen Nischen kaum mehr zu. Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus. Der Markt kann und will keine sozialen Rücksichten nehmen auf schwache, wenig belastbare. Lohnarbeitsplätze werden umkämpft werden: Junge müssen überhaupt den Zugang in den Markt schaffen, ältere (was bereits ab 45 Jahren bedeuten kann) werden hinausgespickt, Frauen oder Männer mit sozialen Pflichten werden als «Markthindernisse» endgültig ausgegrenzt.
- *Wir haben zwar genug Arbeit, aber zu wenig Arbeitsplätze*. Schon zu Zeiten der Hochkonjunktur wurde deutlich, dass wir mit allen materiellen Mitteln allein keine soziale Wohlfahrt schaffen können. Wir haben Menschen mit guter materieller Sicherheit: 1., 2. evtl. 3. Säule, aber sie sind unglücklich, depressiv, haben keine Menschen, die sich um sie kümmern. Wir bau(t)en Altersheime, Wohnungen, Treffpunkte und doch waren/sind alte Menschen oft unzufrieden. Wir spür(t)en, materielle Sicherheit allein schafft noch keine Wohlfahrt, keine Lebensqualität, keine Integration. Geld allein macht nicht glücklich... meint der Volksmund dazu.
- *Die Identität eines Menschen* bildet sich in unserer Kultur an seiner Position in der Gesellschaft, letztlich an seinem Arbeitsplatz, seiner Rolle in der Arbeitswelt. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen: alte Menschen fühlen sich ausgegrenzt, «nichts mehr wert». Frauen fühlen sich häufig ausgegrenzt, alleingelassen, trotz Muttertagsblumenstrauss und neuem Ehorecht. Junge Menschen sind zornig während ihrer Ausbildungs- und Studienzeit. Ausländerinnen und Ausländer wurden jemand, wenn sie wirklich arbeiteten... Wenn nun für immer mehr Menschen, die Frage der gesellschaftlichen Orientierung innerhalb von Arbeitsrealitäten unmöglich wird, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern «endgültig», so liegt darin mehr als ein individuelles soziales Problem, dann liegt da sozial- und gesellschaftspolitischer Zündstoff.

2. Das Sozialwesen – Organisationsstruktur und Entscheidungsträger von gestern für übermorgen

Zuerst eine Bilanz:

1. Wir haben wieder materielle Armut, auch in unserem Land, offen und versteckt
2. Wir haben wieder Verelendung durch Sucht, wie damals zur Zeit der Alkoholprohibition
3. Wir haben wieder Verwahrlosung, einerseits bei den Jungen, diesmal aber eher durch Überbetreuung und Verwöhnung bedingt; andererseits bei den Betagten v. a. den Pflegebedürftigen, wo wir eine emotionale Unterversorgung feststellen
4. Wir haben wieder Obdachlosigkeit, Fürsorgeabhängigkeit durch Wohnungsnot
5. Wir haben wieder Arbeitslosigkeit und zwar in einer strukturell erschreckend deutlichen Ausgrenzungsform
6. Wir haben auch wieder Krankheiten, «Seuchen», die mit emotionalen Widerständen behaftet sind und deshalb zur Ab- und Ausgrenzung führen
7. Wir haben Zerfall der bisher gültigen Sozialstrukturen: die Familie wird zwischen ideologischer Überhöhung und realer Situation zerrissen, Quartier- und Gemeinwesen zerfallen, ja nationale Strukturen wanken, was zu Ängsten führt.

Etwas verwundert stehen wir doch am Ende dieses Jahrhunderts, das als ein wohlfahrtsstaatliches in die Geschichte eingehen sollte, vor dieser Liste. Sie hat allerdings zuerst einmal nichts mit den rauheren Zeiten zu tun; vielmehr mit unserer Organisationsstruktur des Sozialen und mit den Veränderungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Das Soziale Netz ist in der Schweiz privat organisiert. Darauf sind wir sehr stolz. So sind denn in unserem Jahrhundert ein paar Tausend soziale Institutionen entstanden, allein im Kanton Zürich um die 4000. Wer immer eine Idee hatte, gründete einen Verein, falls Kapital vorhanden war, eine Stiftung, und eröffnete eine Institution: eine Beratungsstelle, ein Heim, eine Klinik, eine Selbsthilfegruppe... und alle fanden wir sie doch nötig, nützlich, rührend, verdienstvoll oder was auch immer. Es gründeten sich auch Stellen, um die Stellen zu finden; es gründeten sich Stellen, um die Stellen zu kontrollieren; es gründeten sich Stellen um die Stellen zusammenzufassen, zu koordinieren. Und auch die fanden gerade wir Professionellen absolut dringlich, nützlich, unerlässlich.

Als Träger dieser Institutionen fanden/finden sich prominente Frauen und Männer, die ehrenamtlich das Geld erbetteln, erkämpfen, durchsetzen. Natürlich die einen eleganter, dank politisch nützlicher Beziehungen, andere etwas mühsamer, da wenig Lobbying gemacht werden konnte für die entsprechende Zielgruppe. All diese Fachleute leisten gute Arbeit, viel Arbeit. Die einen «verrufen» fast, wenn sie sich den täglich überfüllten Wartzimmern gegenüber

sehen. Sie kommen kaum mehr zum Aufatmen, zum Nachdenken, erst recht nicht zum Vorausdenken. Die Subventionen wurden gesetzlich geregelt. Seltsamerweise galt als Regel, je älter eine Institution, desto eher Geld, während innovative unkonventionelle Ideen meist jahrelang auf Geldsuche waren und oft genug resignierten. Im übrigen verwies man stolz auf unser Milizsystem, wo eben die private Initiative stets Neues schafft, gemäss den Spielregeln des freien Marktes. Bis jetzt wurden alle Versuche abgewiesen, irgendwelche Bedürfnisklauseln für den Ausbau im Sozialwesen zu akzeptieren. Weil eine Institution «Gutes tut», ist sie gut. Diese Annahme wird brüchig. Das verunsichert und führt dazu, dass statt dringender Innovation eine Art Rauhreif, resp. Totstellreflex die Institutionen lähmt. Nur ja nichts Neues, sonst gerät alles ins Wanken. Sparmassnahmen verlangen nach Leistungsnachweis; die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen verlangen nach Leistungsauftrag, nach Aushandeln und Abgrenzen der Kompetenzen, nach klaren Vereinbarungen. Sind die Managements von Behörden und von privaten Organisationen dafür gerüstet? Sind wir fähig, statt einen Delikatessenladen zu führen, wieder Brot zu backen?

3. Fürsorge, Sozialarbeit, auf der Suche nach einer neuen Professionalität?

1981 haben wir im Kanton Zürich das neue Sozialhilfegesetz eingeführt. Ein langes Ringen hat die Arbeitsteilung zwischen Profis, Behörden und deren Selbstverständnis geregelt. Es ist vielleicht gut, sich die Grundlagen wieder einmal vor Augen zu führen:

Sozialhilfegesetz vom 14.6.1981

§ 11 Wer in einer persönlichen Notlage der Hilfe bedarf, kann bei einer in § 13 genannten Stelle um Beratung und Betreuung nachsuchen.

§ 13 Persönliche Hilfe kann gewährt werden durch

- a) gemeindeeigene Beratungs- und Betreuungsstelle
- b) gemeinsame Beratungs- und Betreuungsstelle mehrerer Gemeinden
- c) andere öffentliche oder private soziale Institutionen, denen die Gemeinde Aufgaben der persönlichen Hilfe ganz oder teilweise übertragen hat

Verordnung zum Sozialhilfegesetz (21. Oktober 1981)

§ 10 Persönliche Hilfe steht allen Hilfesuchenden zu, die in einer persönlichen Notlage Beratung und Betreuung brauchen

§ 14 Führt die Fürsorgebehörde nicht selbst die Beratungs- und Betreuungsstelle, ist sie besorgt, dass andere Institutionen, die persönliche Hilfe gewähren. Deren Aufgaben müssen schriftlich vereinbart werden.

§ 15 Personen, die Hilfesuchende beraten und betreuen, müssen aufgrund ihrer Ausbildung oder der bisherigen Tätigkeit dafür geeignet sein.

War es Übermut als wir damals 6 Arbeitsbereiche formuliert haben?

1. Information und Auskunft
2. Abklärung, Beratung, Vermittlung
3. Betreuung
4. Behandlung
5. Förderung der Vorsorge, Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe
6. Koordination und Entwicklung der sozialen Hilfe

Was heißt das jetzt, wo die Zeiten rauh geworden sind? Ich meine drei Hauptfragen bleiben:

- Was heisst *materielle Notlage*, wenn sie strukturell bedingt und nicht einfach «individuell» herbeigeführt ist? Welche Rolle hat dann eine Behörde einzunehmen? Was macht ein Sozialarbeiter/eine Sozialarbeiterin da? Leisten wir Sozialinformation, dass alle wissen, was ihnen zusteht oder schweigen wir lieber um wie es dann jeweils heisst – «keine Begehrlichkeiten zu wecken»?
- Was heisst *persönliche Notlage*, wenn die Perspektiven wirklich praktisch bei Null sind? Was bieten wir diesen Menschen an? Welche Gefühle vermitteln wir? einfach Pech gehabt, selber schuld, tu doch nicht so wehleidig oder das fatalistische: das ist halt so, es wird noch viel schlimmer werden? Gelingt es uns, nach dem propagierten Menschen- und Gesellschaftsbild in unseren Gemeinwesen wieder etwas spürbar zu machen von dem, was die Welschen elegant formulieren mit «organiser la solidarité»?
- Die Interpretation der persönlichen Notlage geht in der Verordnung weit. Sie kümmert sich quasi auch um die *Sinnfrage des heutigen Menschen*. Ist das Schnee von gestern oder könnte das eine sehr zukunftsträchtige Herausforderung werden? Verstehen wir in unseren Gemeinwesen die Zuständigkeit für Soziales als möglichst knappe Geldverteilstation an Randgruppen? Meinen wir Zuständig, dass Wohlfahrt zu interpretieren sei als Verantwortung für gesellschaftliche Integration?

Drei Anfragen auch an uns, die Profis, die Behörden, die von Amtes wegen «Mächtigen», Zuständig:

1. Welche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Situation habe eigentlich ich? Ist mir das Ganze noch ein Anliegen oder möchte ich viel lieber, ich hätte mit dem allem nichts zu tun? Ärgere ich mich, wenn die Probleme nicht schnell gelöst werden können? Nerven mich die Sorgen der Klienten? Spüre ich Angst, dass es auf einmal auch mir Nahestehende treffen könnte?
2. Fühle ich mich eigentlich noch herausgefordert? Bin ich dem modernen Anspruch an Fürsorge in rauen Zeiten gewachsen? Wie reagiere ich auf Kritik von Kolleginnen und Kollegen der Partei? Im Freundeskreis? Fühle ich mich ungerecht behandelt, wenn ich nicht mehr geachtet werde, obwohl ich doch Gutes tue, statt dessen nur noch müde belächelt werde, dass ich den Zeitgeist noch nicht gecheckt habe? Bin ich belastbar genug, innovativ genug, liebevoll genug?
3. Welche Vision von Zukunft habe eigentlich ich? Habe ich Angst – ohne es zuzugeben, bin ich resigniert, ohne ein Wort darüber zu verlieren, habe ich

Lust auf eine soziale Zukunft oder genügt mir – wie so vielen – das «für mich stimmts so»?

Es steht mir keine Gewissenserforschung Ihnen gegenüber zu; nehmen Sie es also nur als Anfrage an mich – und als Überleitung zum abschliessenden Suchen nach kreativen Lösungen.

Perspektiven, Anfragen, Möglichkeiten – eine Skizze

- Wäre es denkbar, dass wir, nachdem wir den alten Gesellschaftsvertrag zwischen Lohnarbeitnehmer und Lohn-Arbeitgeber als allein nicht tragend diagnostiziert haben, die Suche nach der Formulierung und Ausgestaltung für einen neuen Gesellschaftsvertrag beginnen? Dass Lohnarbeit, Nichtlohnarbeit, Soziale Rechte und Soziale Pflichten, Arbeitszeit/Freizeit/Sozialzeit Themen würden, die nicht mehr tabu sind? Dass selbst die garantierte Existenzsicherung ein sozialpolitisches Traktandum mit grosser Priorität werden könnte?
- Wäre es denkbar, dass Akteure aus all den vielfältigen Systemen der sozialen Welt und der Erwerbswelt sich zusammenfinden und mal unabhängig von machtpolitischen Überlegungen einen derartigen Vertrag skizzieren, erproben, evaluieren? Dass das Engagement ausserhalb der Arbeitswelt in gemeinnützigen Tätigkeiten wieder chic würde, auch bei uns? Dass Sinnfragen ebenso auf die Traktandenliste der Unternehmensleitungen gesetzt würden wie die Fitnessfrage?
- Wäre es am Ende unseres Jahrhunderts, in dem wir Wohlstand errungen haben wie nie und doch Armut und Elend feststellen wie nie, nicht doch den Versuch wert, Möglichkeiten zu benennen? Müssten wir Sozial Verantwortlichen statt in larmoyantem Ton die rauen Zeiten zu betrauern zu «Anbieter/innen», zu Animatorinnen und Animatoren, zu Übersetzerinnen und Übersetzern zwischen den Sozialwelten werden?
- Wäre es denkbar, dass wir als Verantwortliche des Sozialen den Weg zur «Bürgergesellschaft» vorbereiten könnten? Dass wir das Sozialhilfegesetz auch in seinen generellen Ansprüchen ernst nehmen und auch als Behörden Geist statt Geld investieren würden?
- Wäre es eine neue (alte) Aufgabe des öffentlichen und des privaten Sozialwesens gemeinsam, die soziale Sicherheit, die gesellschaftliche Integration und das Schaffen von Wohlfahrt, auch in rauen Zeiten, zu debattieren und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln?

Beispiele für Themen und Handlungsansätze

- Die sozialen Rechte sind in Verfassung und in Gesetzen formuliert, und die sozialen Pflichten?
- Wir haben in jedem Gemeinwesen genug Arbeit, aber zu wenig Arbeitsplätze.

Wenn nun ein Gemeinwesen Arbeit anbieten würde, um soziale Sicherheit jenseits von Lohnarbeit zu schaffen? Könnte das etwa so aussehen:

- Wer soziale Dienste leistet, soll in der Steuer eine Pauschale absetzen können, genau so wie diejenigen, die ihre Spende ans Rote Kreuz dort voller Stolz abziehen
 - Wer soziale Dienste leistet, soll in seiner eigenen sozialen Sicherung mindestens nicht noch benachteiligt sondern bevorzugt behandelt werden. Die entsprechende Debatte wäre über den Betreuungsbonus in der AHV zu führen und zu regeln.
 - Wer soziale Dienste leistet, soll ein Dienstbüchlein führen, wie die Männer im Militärdienst. Diese Eintragungen sollen qualifizierend und quantifizierend die Einsätze beschreiben, sodass bei einer Bewerbung um eine Stelle im Arbeitsmarkt auch diese Kriterien von Leistung adäquat mitberücksichtigt werden könnten.
- Gemeinwesen könnten innovative jointventures mit Firmen abschliessen: die Gassenküche mit dem Wirteverband, die Bank mit der Schuldenberatung, das Reisebüro für Abenteuerreisen mit dem Jugendsekretariat . . .
 - Firmen, die heute oft und gern in ihren Leitbildern, die soziale Kompetenz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als unerlässliche Zielvorstellung formulieren, könnten die Schulung dieser Kompetenz systematisch und in Jahresverträgen mit sozialen Institutionen gestalten. Dabei müsste weniger das «Helfen» im Mittelpunkt stehen als vielmehr das «Lernen, wie das Leben auch noch ist»
 - Ein Gemeinwesen könnte für seine Mitbürgerinnen und Mitbürger attraktive Einsätze vorschlagen, die wohl gemeinschaftsbildender sein würden als jede noch so professionell und werbewirksam aufgemachte Broschüre: Willkommen in. . .
 - Eine öffentliche Verwaltung könnte ihre oft zur Erstarrung neigenden in Kästli denkenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu jobrotation animieren; Arbeitszeit könnte für Projekte ausserhalb der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, andere könnten temporär für Einsätze in die Verwaltung hineingenommen werden
 - Es wäre gar denkbar, dass aufgeschlossene Arbeitgeber in ihren Pflichtenheften für die Manager bspw. eine gewisse Zeit an Sozialzeit verpflichtend festschreiben; damit wäre nicht nur die dringend notwendige kompensatorische Tätigkeit im Anforderungsprofil für moderne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festgelegt sondern auch die für jede Führungskraft unerlässliche Sensibilität geschult.

Sie lächeln. . . Träume? Utopien? Gar Hirngespinste jenseits von aller Realität?
Ich meine nicht. Vorausgesetzt,

- wir nehmen den Auftrag ernst, den uns das Sozialhilfegesetz auferlegt; dann heisst es heute mehr tun als beraten im Einzelfall.

- wir gehen von einem Menschenbild aus, das Fähigkeiten und Bedürftigkeit jedem Menschen zugesteht, dann ist die Debatte über Rechte und Pflichten keine Spielerei
- wir meinen noch, dass Gesellschaftspolitik gestaltbar und verantwortlich sein soll, so haben Profis und gewählte Behörden eine gemeinsame Vorstellung zu entwickeln, wohin die ganze Geschichte laufen soll
- wir meinen, dass menschliches Zusammenleben in einer Gemeinschaft organisiert werden soll, mindestens dass Rahmenbedingungen für eine Selbstorganisation geschaffen werden müssen, dann dürfte heute Phantasie eine wichtige Ressource sein
- wir gehen davon aus, dass Menschen sich gegenseitig etwas angehen wollen und sollen, so braucht es dafür auf Gemeindeebene mehr als eine 1. Augustrede des Präsidenten
- wir meinen, dass die rauheren Zeiten nicht einfach ein herbstliches Klima seien, die im Frühling wieder in allgemeines Blühen ausbrechen, sondern eine Challenge am Ende des Wachstums, dann muss sich Soziale an der Gegen- und nicht an der Einseitigkeit bilden

Der neue Gesellschaftsvertrag beginnt auf der Ebene der Gemeinde oder gar nicht, ist ein gemeinsamer oder gar nicht, ist kreativ und innovativ oder gar nicht. Ich wünsche uns ein engagiertes Aushandeln.

Ausgewählte Literatur:

Arme Frauen in der Schweiz, Ursachen, Zusammenhänge, Perspektiven. Dokumentation der Caritas Schweiz, 2/89

Armut und Soziale Hilfe, Dokumentation der Schweiz. Konferenz für öffentliche Fürsorge, Bern, 1988

Buhmann, Brigitte/Enderele, Georges/Jäggi, Christian/Mächler, Thomas: *Armut in der reichen Schweiz*, Eine verdrängte Wirklichkeit. Zürich, Orell Füssli, 1989

Dahrendorf, Ralf: *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1992, 326 S.

Goll, Christine: *Gegen Armut*, Anleitungen für Praxis und Politik, 1990, SAH, Postfach, 8031 Zürich

Hormann, John/Harman Willis: *Future work*, Trends für das Leben von morgen, Stuttgart/München, Aktuell Moderne Verlag, 1991, 233 S.

Opielka, Michael/Ostner, Ilona (Hrsg.): *Umbau des Sozialstaats*, Essen, Klartext, Reihe Perspektiven der Sozialpolitik, Band 2, 1987, 487 S.

Olk, Thomas/Otto Hans-Uwe (Hrsg.): *Der Wohlfahrtsstaat in der Wende*, Umrisse einer künftigen Sozialarbeit, Weihenhein/München, Juventa, 1985, 176 S.

«. . wie sonst selten im beruflichen Alltag. *Freiwilligeneinsätze als Lernchance*», Dokumentation zu einem Projekt LAKO, Evaluation der Projektgruppe SGG